

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 06 / 2013

www.spd-nuernberg.de

Bundestag

Damit es gerechter zugeht

Sechs Beispiele, wie sich sozialdemokratische Politik für den Einzelnen auszahlt

Seiten 4 und 5

Kommunales

Ein Programm für die Zukunft der Stadt

Nürnberg verstehen und Nürnberg bewegen – Entwurf zum Kommunalwahlprogramm der SPD Nürnberg

Seite 3

Vorwort



Liebe Leserinnen
und Leser,

Mieterschutz ist nicht, wenn man nur redet, Mieterschutz ist, wenn man diesen auch umsetzt. Es bringt nichts, wenn sich die Bayerische Staatsregierung für ihre Absichtserklärungen feiern lässt und vollmundig verkündet „Bayern handelt!“, sich aber dann die ortsansässige Stadtratsfraktion gegen den Mieterschutz ausspricht. So geschehen in der letzten Stadtratssitzung.

Innenminister Herrmann(CSU) verkündet stolz „Wir kämpfen für die Mieter-Interessen“, die Städte in den Ballungsräumen können die Kappungsgrenze (gesetzliche Regelung, nach der sich die Miete insgesamt innerhalb von drei Jahren um einen bestimmten Prozentsatz ändern darf) von bisher 20% auf 15% festlegen. Ein wichtiges Signal für die Mieterinnen und Mieter auch in Nürnberg. Fast schon logisch folgen unverzüglich die Anträge aller betroffenen Städte, u. a. stellt die SPD im Nürnberger Stadtrat den Antrag, die Kappungsgrenze zu reduzieren, um die örtlichen Miet-Steigerungen zu begrenzen.

In allen Städten gab es hierfür eine große Übereinstimmung in den Stadtparlamenten. Leider nicht so in Nürnberg. Die örtliche CSU hält das Vorgehen der CSU-Minister(in) Herrmann und Merk für eine „Wahlkampf-Taktik“ für die bevorstehende Landtagswahl und lehnt deshalb den Mieterschutz grundlegend ab.

Was zeigt uns das: Zum einen, dass offensichtlich nicht einmal die eigenen Leute ihren CSU-Ministern trauen und zum anderen ist bei den Damen und Herren der Union offenbar die Taktik wichtiger als die Menschen. Wir bleiben dabei: Wo es möglich ist, müssen wir einen Mieterschutz gewähren, deshalb haben wir den Beschluss gegen die Stimmen der CSU auch in Nürnberg durchgesetzt.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer


Christian Vogel

Kurzweilig und reich an Ergebnissen

Die Nürnberger SPD-Ortsvereinsvorsitzenden
auf Seminar in Berlin



VON YASEMIN YILMAZ, FLORIAN ZIEGLER
UND BETTINA ZAUHAR

Das Willy-Brandt-Haus in Berlin als Tagungsort im Superwahljahr 2013 – ein besserer Ort ließ sich für das OV-Vorsitzenden-Seminar sicher nicht finden! Entsprechend motiviert ließen sich die 45 Teilnehmer(innen) OV-Vorsitzende, Stellvertreter(innen) und Mitglieder des UB-Vorstandes auf drei arbeits- und ereignisreiche Seminartage in Berlin ein. Auf dem Programm standen verschiedene Workshops und mehr.

„Nur wenn man weiß, woher man kommt, weiß man auch, wohin man will!“ – 150 Jahre SPD

Unser Jubiläumsjahr ist ein ausgezeichnete Anlass, um uns der Errun-

genenschaften der Sozialdemokratie bewusst zu werden und hieraus Kraft und Selbstbewusstsein zu schöpfen! Entsprechend würdevoll feiern wir 2013 unser Parteijubiläum mit zahlreichen Veranstaltungen, wie Paul Baumann berichtete.

„Ich bin Sozi, warum Du nicht?“

Dennis Eighteen von der KAMPA ermunterte uns, im Wahlkampf selbstbewusst aufzutreten und auf unsere größte Stärke zu setzen: die Überzeugungskraft unserer Mitglieder. Nichtwähler(innen) zu mobilisieren, ist unser Hauptziel. Unsere guten Argumente wollen wir in möglichst vielen persönlichen Begegnungen im

(weiter auf Seiten 2 und 3)

Wahlkampf an die Frau und an den Mann bringen. Einen Schwerpunkt bildet deshalb unser Nachbarschaftswahlkampf mit vielen Tür-zu-Tür-Besuchen. Besonderen Fokus legen wir diesmal auf die letzten 72 Stunden vor dem Wahltag.

Landtags- und Bundestagswahlkampf in Nürnberg

Angelika Weikert gab einen Überblick über unsere Wahlkampfziele: flächen-deckende Mindestlöhne, bezahlbares Wohnen und eine verbesserte Kinderbetreuung, um nur einige zu nennen. Hinsichtlich der Landtagswahl unterstrich Angelika, dass unser Spitzenkandidat, Christian Ude, das Zeug zum Ministerpräsidenten hat! – Die „Cam-



Im Zentrum der Macht

An der Seite von Martin Burkert erkundeten wir das Regierungsviertel. Beeindruckt waren wir von der Architektur und Kunst im Reichstag und dem Paul-Löbe-Haus, dem Tagungsort der Ausschüsse. Ein informativer Vortrag über die Geschichte des Gebäudes und die Arbeitsweise des Parlaments, sowie ein Besuch der Kuppel rundeten das Programm ab.

Abends nutzen wir die Gelegenheit, Berlin zu erkunden, einander besser kennen zu lernen und Netzwerke zu knüpfen mit dem Ziel, in Zukunft noch besser zusammen zu arbeiten. Zurück reisten wir mit vielen neuen Eindrücken und Erkenntnissen und jeder Menge neuem Schwung für einen erfolgreichen Wahlkampf! ■

paigner“ Nasser Ahmed und Bettina Zauhar erläuterten zentrale Bausteine des Nürnberger Wahlkampfes: Nachbarschafts-Wahlkampf, klassische und kreative Aktionen sowie Internet-Wahlkampf.

Die Macht der Gedanken – Motivationstraining für Sozis

Als erfrischende Abwechslung erlebten wir das Motivationstraining von Achim Möller von der SPD-Führungsakademie.

An zahlreichen Beispielen illustrierte er, dass Optimismus, ergänzt um Kompetenz und Charisma, Wegbereiter für den Erfolg sind.





Nürnberg verstehen und Nürnberg bewegen - Ein Programm für die Zukunft der Stadt

VON MICHAEL ARNOLD

■ Im Jahr des 150-jährigen Parteijubiläums beschließt die SPD-Nürnberg die inhaltlichen Ziele für die Zukunft der Stadt. Alle Ortsvereine waren aufgerufen den vorgelegten Entwurf zum Kommunalwahlprogramm der SPD Nürnberg durch eigene Vorschläge zu bereichern. Im Parteiausschuss am 16. Mai wurden diese im Karl-Bröger-Zentrum ausführlich diskutiert.

„Die große Vielzahl an inhaltlichen Vorschlägen aus den Ortsvereinen zeigt die lebhafteste Teilhabe und das besondere Engagement unserer Mitgliederinnen und Mitglieder“, freut sich Christian Vogel, Vorsitzender der Nürnberger SPD. Mit über 280 Vorschlägen ist die inhaltliche Beteiligung am Wahlprogramm in der Nürnberger Geschichte der SPD einzigartig. Die umfangreichen Diskussionen sind ein positives und identifikationsstiftendes Signal. Sie belegen einmal mehr die gelebte Demokratie innerhalb der SPD und die wegweisenden Ergebnisse von breiten inhaltlichen Debatten einer wahren Mitgliederpartei.

Mit dem kommunalen Wahlprogramm stellt sich die SPD-Nürnberg den anste-

henden Herausforderungen und erarbeitet einen zukunftsorientierten Plan zur nachhaltigen Gestaltung und zu einer positiven Stadtentwicklung für alle Nürn-



berger Bürgerinnen und Bürger: Im Rahmen einer solidarischen, offenen und gerechten Stadtgesellschaft will die SPD das

Miteinander stärken, Lebensqualität für Alle sichern, eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik gestalten und Nürnberg zukunftsorientiert bewe-

gen. Die SPD ist damit bereit und hervorragend gerüstet, um auch in Zukunft engagiert für Nürnberg zu arbeiten. ■

Vorteil **SPD**. Damit e

Trotz guter wirtschaftlicher Bedingungen nimmt die soziale Schieflage in Deutschland immer weiter zu. Die SPD will diese Schieflage Schritt um Schritt wieder beseitigen. Mit ganz konkreten Maßnahmen – von einem **gesetzlichen Mindestlohn**, über **gute Renten**, in denen sich die Lebensleistung widerspiegelt, bis hin zu einer **Mietpreisbremse**, die dafür sorgt, dass Wohnen auch in Großstädten bezahlbar bleibt. **INTERN stellt sechs Beispiele vor, wie sich sozialdemokratische Politik für den Einzelnen auszahlt.**

Thema: Mindestlohn

Frank M., Angestellter in einer Drogerie-Kette

Stundenlohn nach Tarif

Tarif der DHV (Christl. Gewerkschaft) **6 €**
= Monatslohn (ohne Sonderzahlungen) 960 €

SPD-Mindestlohn 8,50 €
Monatslohn 1.360 €

Vorteil SPD (pro Jahr) 4.800 Euro

Mit einem **Mindestlohn von 8,50 Euro** erhalten sechs Millionen Beschäftigte mehr Geld. Die Steuerzahler sparen bis zu vier Milliarden Euro, weil Billiglöhne dann nicht länger durch Steuergelder aufgestockt werden müssen.

Thema: Kindergeld

Peter F., Konditor Ehefrau Karin, Verkäuferin halbtags, zwei Kinder

gemeins. Bruttoverdienst 2.500 € (Monat)

Kindergeld heute 368 € (Monat)

SPD-Kindergeld plus 88 € (Monat)

Vorteil SPD (pro Jahr) 1.056 Euro

Die SPD wird das neue Kindergeld nach Verdienst staffeln. Familien, die ein monatliches Einkommen bis zu etwa 3.000 Euro Brutto haben, erhalten **mehr Kindergeld**. Mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro und dem neuen Kindergeld sind Familien, die trotz Vollzeitarbeit so wenig verdienen, dass der Staat ihr Einkommen aufstocken muss, nicht mehr auf die Unterstützung vom Sozialamt angewiesen.

Thema: Gleiche Löhne

Britta E., Pflegerin, 35 Jahre, ledig Hermann F., Pfleger, 35 Jahre

Bruttoverdienst Britta E. 2.376 € (Monat)

Bruttoverdienst Hermann F. 2.567 € (Monat)

SPD-Lohngleichheit plus 8 % für Britta E. plus 190 € (Monat)

Vorteil SPD (pro Jahr) 2.280 Euro

Frauen verdienen in Deutschland bei gleicher Arbeit bis zu 22 Prozent weniger als Männer. Leiharbeitnehmer werden viel schlechter bezahlt als Arbeitnehmer mit ordentlichen Arbeitsverträgen. Deshalb fordert die SPD ein Entgeltgleichheitsgesetz, das überall das Prinzip „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**“ durchsetzt.

es gerechter zugeht.

Thema: Rente

**Maria K., Facharbeiterin,
durchschnittlicher Verdienst**

Rentenabschläge beim frühest
möglichen Renteneintritt mit 63
(bei 45 Versicherungsjahren)
minus 133 € (Monat)

SPD-Rentenkonzept:
keine Rentenabschläge
nach 45 Versicherungsjahren

Vorteil SPD (pro Jahr) 1.596 Euro

Langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre /
40 Versicherungsjahre), die keine ausreichenden
Rentenansprüche erworben haben, erhalten eine
„Solidarrente“ von mindestens 850 Euro,
die aus Steuermitteln finanziert wird.

Thema: Gesundheit

Bruno F., Installateur

Bruttolohn 2.700 €/Monat
Arbeitnehmeranteil an der
gesetzl. Krankenversicherung (8,2%)
plus 8 € Zusatzbeitrag 229 € (Monat)

SPD-Bürgerversicherung 205 € (Monat)
Arbeitnehmeranteil (7,6%)
kein Zusatzbeitrag Ersparnis 24 € (Monat)

Vorteil SPD (pro Jahr) 228 Euro

Die SPD setzt eine **solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen** um. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen wieder zu gleichen Teilen in die Versicherung ein. Auch die Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer fallen wieder weg. Dies bedeutet für viele eine weitere Entlastung von mindestens 96 Euro im Jahr.

Thema: Mieten

**Julia A., Studentin, 25 Jahre
sucht eine Wohnung in Berlin**

40 qm Wohnung im Szenebezirk
Kreuzberg (Altmiete) 350 €
Bei Neuvermietung (+30%) 455 €

**Neuvermietung mit
SPD-Mietpreisbremse 385 €**
Ersparnis Pro Monat 70 €

Vorteil SPD (pro Jahr) 840 Euro

Die SPD wird Mietsteigerungen bei Neuvermietungen auf 10 Prozent über der ortsüblichen Miete begrenzen (**Mietpreisbremse**). Bei Bestandsmieten werden Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt. Für die Inanspruchnahme von Maklern soll gelten: Wenn der Vermieter den Makler bestellt, bezahlt er auch.

**MITEINANDER.
FÜR DEUTSCHLAND.**

Kehrd wärd in der Gartenstadt



VON JASMIN GÜDÜMEN

■ Wie jedes Jahr trafen sich die fleißigen Genossen aus der Gartenstadt am 20.04.2013 um 9:30 Uhr vor der Regenbogenschule, um rund um die Schule und am Spielplatz zu kehren. Unterstützung fanden sie diesmal auch von den Kandidaten Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Peter Reiß, Martin Burkert, Amely Weiß, Werner Gsänger und Jasmin Güdümen. Nachdem sich alle mit Säcken, Besen, Schaufeln und Handschuhen ausgerüstet hatten konnte es losgehen und auch diesmal wurde wieder einiges an Müll eingesammelt. Nach getaner Arbeit saßen alle noch bei einer Brotzeit bis Mittag gemütlich beieinander. ■

Schul-Kinowochen

Martin Burkert (rechts) gratuliert zusammen mit Kino-Chef Wolfram Weber (links) Fabian Phillipp von der Grundschule Insel Schütt, dem 10.000 Besucher seiner mittlerweile sieben Schul-Kinowochen. Diesmal wurde der Umwelt-Film „More than honey“ über das weltweite Bienensterben und seine Folgen im CINECITTÁ gezeigt.



Tag der Demokratie und Befreiung: „Nürnberg ist BUNT“



Anbandeln gegen Rechtsextremismus am Tag der Demokratie und Befreiung in Nürnberg mit Ehrengästen und Organisatoren (v. l. n. r.): Fabian Wichmann (EXIT Deutschland), Jürgen Kaufmann (offene Kirche St. Klara, verdeckt), Helga Schmitt-Bussinger (MdL, NSU-Untersuchungsausschuss), Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Alt-Landesbischof Johannes Friedrich, Michael Ziegler (SPD AK gegen Rechts) und Dr. Monika Tremel (Katholische Hochschulgemeinde).

■ Schon zum 5. Mal konnte der Arbeitskreis gegen Rechts der SPD Nürnberg mit vielen Partnern den Tag der Befreiung und Demokratie unter dem Motto „Nürnberg ist BUNT“ feiern. An 11 Ständen stellten sich 15 Organisationen vor – von der Evangelischen Jugendarbeit bis zur Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus reichte die Palette. Natürlich mittendrin die SPD und die Jusos.

Der Arbeitskreis gegen Rechts hatte rote Schlüsselanhänger herstellen lassen mit dem Aufdruck „Anbandeln gegen Rechts“. Das wurde dann auch gemacht und diese Anhänger an die vier Redner der Kundgebung am Hallplatz verteilt. Es sprachen Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Fabian Wichmann (EXIT Deutschland), Alt-Landesbischof Johannes Friedrich und Helga Schmitt-Bussinger (MdL). Eine beeindruckende Performance der iranischen Künstlerin Somaiyeh Farzaneh und weitere Beiträge rundeten das Fest ab. ■

Europa muss der Chancengeber für die Jugend werden

VON GÜNTER GLOSER

Ende April haben Erhard Eppler und Hans-Jochen Vogel einen denkwürdigen Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung (SZ) verfasst, in dem sie vor

liche, in der Deutschland Berufsschulen im Ausland finanzieren soll.

Die Bundesregierung hat in der Eurokrise lange wenig verantwortungsvoll taktiert, eindimensional auf Haushalts-

Arbeitsplatzförderung für Jugendliche ausgeben. Der Begriff „New Deal“ soll dabei wohl an die großen amerikanischen Wirtschafts- und Sozialreformen nach der Wirtschaftskrise erinnern.

In der Tat ist eine europäische Kraftanstrengung nötig, um die Folgen der Implosion der Finanz- und Hypothekensmärkte von 2008 und der daraufhin explodierenden Staatsverschuldung einzudämmen. Doch warum hat die Bundesregierung sich so lange gegen investive Maßnahmen der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten gesperrt? Warum hat die Kanzlerin im eigenen Land kaum Anstrengungen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht unternommen und gleichzeitig unseren Nachbarn in der Eurozone in Brüssel immer strengere Sparauflagen diktiert?

Die notwendigen Konsequenzen zur Eindämmung der Folgen von Wirtschaftskrisen sind heute gegenüber der Krise nach 1929 gar nicht so unterschiedlich. So ist die Demokratie in den USA durch den „New Deal“ im Kern gefestigt und zur größten Wirtschaftsmacht geworden. Unter sozialen und ökologischen Vorzeichen wäre dies ein nachahmenswertes Projekt zur Stärkung Europas im globalen Wettbewerb. ■

der Gefahr warnen, die von einer falschen Selbst- und Fremdwahrnehmung Deutschlands in Europa ausgeht. An gleicher Stelle warnen sie vor der Unterminierung der Legitimationsbasis der Europäischen Union durch die massenhafte Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedsstaaten.

konsolidierung und Geldwertstabilität gesetzt, dabei aber Investitionen und Arbeitsmarktförderung vernachlässigt. Nun will sie endlich gemeinsam mit der sozialistischen Regierung Frankreichs einen „New Deal for Europe“. Dabei wird die Europäische Investitionsbank Milliardenkredite zur Ausbildungs- und

Die Zahlen sind in der Tat alarmierend. Bei den unter 25-Jährigen sind im März in Griechenland 59 %, in Spanien 55 %, in Italien 38,4 % und selbst in Frankreich 26,5 % arbeitslos gewesen. Beide geschichtsbewusste ehemalige Spitzenpolitiker haben noch die Bedrohung der Demokratie in der Weimarer Republik durch über sechs Millionen Arbeitslose miterlebt. Als Konsequenz fordern sie daher von der EU, sechs Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa in die Hand zu nehmen. Und selbst im europakritisch-konservativen Lager wächst die Sorgen vor den Gefahren der Jugendarbeitslosigkeit. So fordert Peter Gauweiler am 6. Mai 2013 in einem SZ-Interview eine „konzertierte Aktion“ für Europas arbeitslose Jugend-

Foto: Mademoiselle fiasco / photocase.com

„Über allen Gipfeln ist Ruh.“
Johann Wolfgang von Goethe

45 ergebnislose Merkel-Gipfel sind genug.
Handeln statt Reden!

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Termine

4.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Laufamholz:
 Mitgliedertreffen
 Sportheim Laufamholz,
 Schupferstrasse 81

4.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Gostenhof:
 Ortsvereinstreff
 im Nachbarschaftshaus Go-
 stenhof, Adam-Klein-Str. 6

4.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Ziegelstein:
 Ortsvereinsitzung
 Sportgaststätte TUSPO,
 Herrnhüttestraße 75

4.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Siedlungen Süd:
 Aktivensitzung
 Gaststätte TSV Falkenheim,
 Germersheimer Str. 86

4.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Reichelsdorf:
 OV-Treffen
 SVR-Sportgaststätte,
 Schlößleingasse 9

4.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Maxfeld:
 Mitgliederversammlung
 AWO-Treff, Ludwig-Feuer-
 bach-Straße 2

4.06.13 - 19:00 Uhr
 SPD Gibitzenhof-Werderau:
 Aktiven-Treff
 Markusgemeinde,
 Alemannenstr. 40

Opfer Opferhilfe

Zum kläglichen Start der „Opferhilfe Bayern“

VON STEFAN SCHUSTER

■ Erst im vergangenen Jahr war die Stiftung „Opferhilfe Bayern“ von der Staatsregierung ins Leben gerufen worden, nachdem die SPD im Landtag thematisiert hatte, dass diese Stiftung, die bereits 2008 im Koalitionsvertrag vollmundig angekündigt worden war, schlicht nicht in die Tat umgesetzt worden



war. Daraufhin kam zwar Bewegung in die Sache, doch die zögerliche Ausgestaltung der Stiftung zeigt, dass sich die Staatsregierung vorrangig mit pressewirksamen Ankündigungen schmückt, statt den Opfern von Gewalttaten und Verbrechen wirklich nachhaltig und effizient die notwendige Hilfe zukommen zu lassen.

Wie ich jetzt auf eine Anfrage erfuhr, ist der Freistaat nicht bereit, für die Stiftung entsprechende Gelder aufzubringen. Er räumt nur als vage Möglichkeit ein, „dass die Stiftung künftig in haushaltsmäßig günstigeren Zeiten bei Bedarf Haushaltszuschüsse erhält“. Dass dies ganz klar der St.-Nimmerleins-Tag ist, steht zwischen den Zeilen.

Ganze 70.000 Euro hatte die Staatsregierung einmalig für die Stiftung im vergangenen Jahr eingeräumt, alles andere soll über die Zuwei-

sung von Bußgeldern finanziert werden, die von der Justiz bei Strafverfahren verhängt werden. Damit steht das ganze Projekt auf tönernen Füßen, denn einerseits ist auch fünf Monate nach Einführung der Stiftung noch immer nicht klar, wie hoch der Finanzbedarf denn tatsächlich ist, der dafür verwendet werden muss, andererseits muss die „Opferhilfe Bayern“ den künftig entstehenden Finanzbedarf auf gut Glück durch freiwillige Zuweisungen der Bayerischen Gerichte decken.

Sie ist dabei voll und ganz von dem Ermessen der unabhängigen Richter und Staatsanwälte abhängig, ob, wann und wie viel sie bei der Verhängung von Bußgeldern abbekommt. Jetzt, kurz nach der Gründung der Stiftung, flossen zwar Gelder von den Gerichten, doch wie lange und in welchem Umfang das weitergeht, steht in den Sternen. Die Stiftung ist also gezwungen, sich in das mühsame so genannte Bußgeldmarketing einzureihen, bei dem die vielen gemeinnützigen Orga-

nisationen darum buhlen, von den Richtern und Staatsanwälten bei der Verhängung von Bußgeldern berücksichtigt zu werden.

Das zusätzliche Argument, dass damit andere Organisationen ins Hintertreffen geraten könnten, die für ihre Arbeit die Bußgelder dringend benötigen, widerlegt die Staatsregierung mit der kühnen Behauptung: „Die Stiftung Opferhilfe Bayern bildet keine Konkurrenz zu privaten Opferhilfeeinrichtungen oder anderen gemeinnützigen Organisationen, denn sie bemüht sich um die Geldbußen, die ansonsten zugunsten der Staatskasse erteilt worden wären“. Dabei erhebt sich die drängende Frage, warum die Opferhilfe dann nicht gleich aus der Staatskasse bezahlt wird, denn dann könnte sie sich in einem verlässlichen finanziellen Rahmen bewegen. Doch da scheint es ganz offensichtlich am politischen Willen zu fehlen. ■

Gute Arbeit – starke Wirtschaft – nachhaltige Innovation für Bayern

Wirtschaftsberater Widuckel in Nürnberg

VON THORSTEN BREHM

■ Christian Ude konnte für die bevorstehende Landtagswahl und sein Beraterteam nun einen Wirtschaftsexperten gewinnen, der Praxis und Theorie gleichermaßen vereint. Gesucht war ein profilierter Sozialdemokrat, ein Vorstand eines DAX-Konzerns und ein ausgewiesener Hochschullehrer. In Pro-



fessor Werner Widuckel habe man diese Person gefunden, war sich Christian Ude bei der Vorstellung sicher.

Widuckel, Jahrgang 1958, ist 1974 in die SPD eingetreten. Zunächst war er Referent des Gesamt- und Konzernbetriebsrats der Volkswagen AG, später Leiter der Koordination des Gesamt- und Konzernbetriebsrats sowie des Europäischen- und Weltkonzernbetriebsrats der Volkswagen AG. Widuckel verantwortete 2005 bei der Audi AG das Ressort Personalpolitik und Grundsatzfragen, von 2005 bis 2010 war er zuständiger Personalvorstand und Arbeitsdirektor. Seit 2012 hält er eine Lehrprofessur für Personalmanagement und Arbeitsorganisation an der Universität Erlangen-Nürnberg. Auf Einladung der SPD-Stadtratsfraktion referierte er im Hotel Drei Raben über das Thema „Gute Arbeit – starke Wirtschaft – nachhaltige Innovation für

Bayern“. Dabei sparte er nicht mit Kritik an der Bildungs- und Wirtschaftspolitik der Bayerischen Staatsregierung.

Vor allem das Ungleichgewicht zwischen den ländlichen Regionen und den Ballungsräumen treibt ihn um. Städte wie München leiden unter „Wachstumsschmerzen“ und kämpfen mit steigenden Lebenshaltungskosten.

Zugleich gibt es z.B. Regionen in Oberfranken und der Oberpfalz, die unter Abwanderung und einer dürftigen Infrastruktur leiden. Zusammen mit dem Schulsterben führt das zu einem Weggang der Jugend hinein in die Ballungszentren. Kommunen und Mittelständlern auf dem Land fehlen in der Zukunft genau diese potentiellen Fachkräfte.

Große Versäumnisse sieht der Wirtschaftsexperte deshalb auch in der Digitalisierungspolitik in Bayern. „Die Staatsregierung hat die Entwicklung regelrecht verschlafen“, kritisierte Widuckel. Viele Landstriche in Bayern leiden unter schlechten Internetverbindungen. Viele kleinere und mittlere Betriebe sind deshalb in ihrer Entwicklung gebremst.

Völlige Planlosigkeit attestierte der Wirtschaftsexperte zudem der Staats- und Bundesregierung bei der Energiewende. Es brauche endlich eine abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, um Versorgungssicherheit und Preisstabilität sicherzustellen und die notwendige Infrastruktur auszubauen. ■

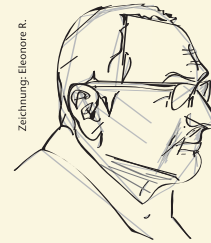
Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Seit gut 200 Jahren gehört jetzt Nürnberg schon zu Bayern. Trotzdem: Es passt einfach nicht zusammen. Daher muss man sich sehr wundern, welch fröhliche Urstände gegenwärtig hierzulande Kleidungsstücke feiern, die ausschließlich für Alpentäler geeignet sind: Lederhose und Dirndlkleid. Beides deckt eine aktuelle Operetteninszenierung am Opernhaus großflächig zu. Wird aber satirisch gemeint sein.

Nicht mehr zum Lachen ist einem dagegen zumute, wenn man hört, dass es im Mai wieder eine Trachten-Nacht gab, mit Dirndl- und Lederhosen-Exzessen der schrecklichsten Art und Herrn Luger aus Wien, samt Katzi oder Mausi im Gepäck. Ein Alp(en)traum, noch dazu in unmittelbarer Rathausnähe.

Weil wir schon beim Kitsch sind: Wann hört endlich die Unfug-Diskussion darüber auf, den Rathaussaal mit irgendwelchen AD-Reproduktionen bepinseln zu wollen? Lieber mal mit dem Akademieführer Hörler reden. Der ist sicher bereit, das Gewölbe



mit 5000 Plastik-Dürern zu bekleben. Das könnte nebenbei die Akustikwerte auf Konzertsaal-Niveau anheben. Womit vorerst alle dringenden Probleme dieser Stadt gelöst wären.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
 Verantwortlich: Olaf Schreglmann
 Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian
 Präbich, dsp@spd-nuernberg.de
 Redaktionsanschrift:
 der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
 90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

4.06.13 - 20:00 Uhr
 SPD Großgründlach:
 Mitgliederversammlung
 Gasthof Rotes Ross, Groß-
 gründlacher Hauptstr. 22

8.6.13 - 14 Uhr
 SPD Gibitzenhof-Werderau:
 Stadtteilstadt Werderau
 Stand und Luftballonwet-
 tbewerb, Volckamer Platz

11.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Fischbach:
 Mitgliedertreff
 TSV Altenfurt, UG Neben-
 zimmer, Wohlaue Str. 16

11.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Nordostbahnhof:
 Aktivensitzung
 Leipziger Straße 55

12.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Hummelstein:
 Mitgliederversammlung
 Ort wird noch bekanntge-
 geben

15.06.13 - 14:00 Uhr
 SPD Siedlungen Süd:
 Stadtteilstadt
 an der Pirmasenser Straße.
 Mit MdB Martin Burkert,
 Helga Schmitt-Bussinger,
 MdL, Bezirkstagskandidat
 Peter Reiß, Stadtrat Gerald
 Raschke, Stadtratskandida-
 tin Elke Härtel

18.06.13 - 19:30 Uhr
 SPD Langwasser:
 Stadtteilstadtversammlung
 Gemeinschaftshaus, Raum 4

Ein bißchen Inklusion gibt es nicht! – Ein nachdenklicher Abend der Nürnberger SPD

VON JONAS LANIG

„Inklusiver Unterricht ist Aufgabe aller Schulen.“ So heißt es an prominenter Stelle im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEU). Und wenig später wird dieser hohe Anspruch noch einmal bekräftigt: „Die inklusive Schule ist ein Ziel der Schulentwicklung aller Schulen.“ Ob es sich bei diesen großen Worten vielleicht doch nur um leere Versprechungen handelt – dem sollte bei einer Veranstaltung am 18. April im Nürnberger Karl-Bröger-Zentrum nachgegangen werden. Eingeladen hatten die örtlichen SPD-Kandidaten zum Bezirkstag und die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv in Mittelfranken.

Als Referent des Abend stellte Professor Hans Wocken fest: „Ein bisschen Inklusion gibt es nicht.“ Wer es mit der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte Behinderter wirklich ernst meint, der muss einen grundlegenden Umbau unserer Schulen in Angriff nehmen. Für Wocken muss jede Schule zu einem „Haus der Vielfalt“ umgebaut werden. Und diese Vielfalt sollte auf den unterschiedlichen Ebenen der pädagogischen Arbeit sichtbar werden:

- als eine Vielfalt der Kinder: Schulen, die sich dem Prinzip der Inklusion verpflichtet fühlen, wählen sich ihre Schüler nicht aus. Hier dürfen sich alle Kinder angenommen fühlen – egal, wie groß ihr individueller Förderbedarf im Einzelnen ausfällt.

- als eine Vielfalt des Unterrichts: Statt eines Lernens im Gleichschritt bedarf es einer Differenzierung der Lernziele, der Inhalte, der Methoden, der Sozialformen und des Lerntempos, um wirklich allen Kindern gerecht zu werden.

- als eine Vielfalt der Lehrer: In der inklusiven Schule haben Lehrkräfte, Sonderpädagogen, Erzieherinnen und Schulbegleiter zusammenzuarbeiten und dabei ihre unterschiedlichen Professionen einzubringen.

Demgegenüber ist das Bayerische Schulwesen durchgehend vom Prinzip der Separation geprägt. Nirgendwo anders in Europa werden

die Kinder so rigide ausgelesen, aussortiert und ausgegrenzt wie in Bayern: Hier wird schon in der 2. Klasse ein Notendruck aufgebaut, der die Kinder und ihre Familien belastet. Hier entscheidet über den Übergang auf eine weiterführende Schulen nicht der Elternwille, sondern eine fragwürdige Grundschulempfehlung. Und hier müssen mehr Schüler eine Jahrgangsstufe wiederholen als in allen



anderen Bundesländern. Die Praxis der Separation an den Bayerischen Schulen muss aber alle Bemühungen um ein inklusives Lernen scheitern lassen. Wo sich alle Schüler denselben Leistungserwartungen stellen müssen, bleiben Kinder mit besonderen Begabungen und Handicaps immer abgehängt, müssen sie sich täglich neu als Verlierer und Versager erleben. Das Diktat der Lernzielgleichheit macht aus jeder Bayerischen Schule eine Einheitschule, während in einer inklusiven Schule für jedes Kind nach einem individuellen Lern- und Förderweg gesucht werden sollte.

Ungeachtet solcher struktureller Widerstände sicherten Amely Weiß, Dr. Horst Krömker, Peter Reiß und Wolfgang Beigel als SPD-Kandidaten zu, die Weichen im Bezirk Mittelfranken künftig auf Inklusion zu stellen. Sie wollen sich dafür einsetzen,

- dass keine neuen Fördereinrichtungen geplant werden, die sich nicht von vorneherein auch nicht-behinderten Kindern öffnen.

- dass diese Öffnung auch in den schon bestehenden Einrichtungen des Bezirks Mittelfranken umgesetzt wird.

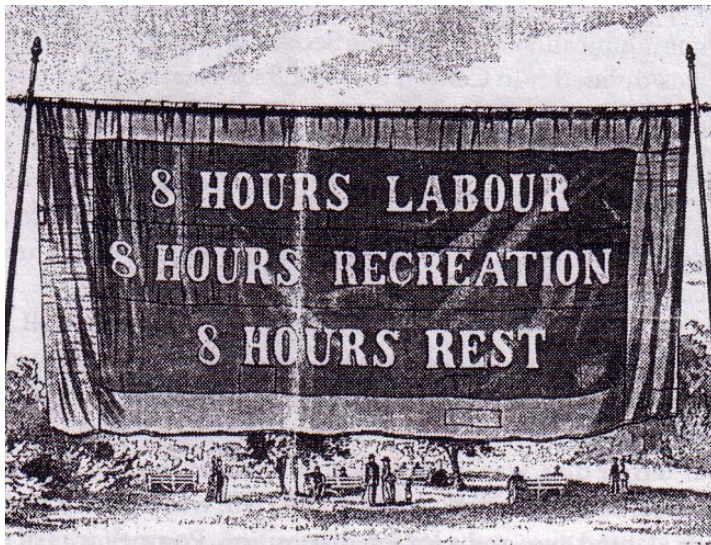
- dass für die Schulbegleiter ein verlässliches Berufsbild erstellt und eine entsprechende Qualifizierung angeboten wird. ■

Die „30-Stunden-Woche“ – Ein Konzept für einen solidarischen Arbeitsmarkt?

VON YASEMIN YILMAZ UND NASSER AHMED

Der Einsatz für die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein sozialdemokratisches Thema schlechthin. So lautete vor 100 Jahren die fortschrittliche Parole: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit und Erholung und acht Stunden Schlaf“. Noch in den 1970er Jahren kämpften Gewerkschaften erfolgreich für die 35-Stunden-Woche, doch im Jahre 2013 ist der Aufruf zur 30-Stunden-Woche ein „Reizthema“.

Linke Politiker, Gewerkschafter und Wissenschaftler halten ihre Forderung der Arbeits-



„Acht Stunden Arbeit – Acht Stunden Erholung – Acht Stunden Schlaf“, lautet die Parole dieses australischen Banners aus dem Jahre 1856. Arbeitszeitverkürzung ist auch global betrachtet eines der Themen der Sozialdemokratie schlechthin gewesen.

reduktion den Tendenzen der gegenwärtigen Wirtschaft entgegen: So soll die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe umverteilt werden, damit nicht einige unter der Arbeitslast zu scheitern drohen und anderen der Zugang zu Arbeit verwehrt bleibt. Dies könne gelingen, indem die Wochenarbeitszeit pro Kopf auf 30 Stunden reduziert würde. Zugleich solle ein ausgeklügeltes Ausgleichssystem den Lohnsturz verhindern.

Für den Vorschlag sprechen zunächst der zugrunde liegende sozialdemokratische Gedanke und das gegenwärtig schon greifende neoliberale Modell der Arbeitszeitverlängerung.

Weshalb sollte also Deutschland, das schon seit Jahren über einen Handelsüberschuss verfügt, nicht die Vorreiterrolle übernehmen und mit einem guten Beispiel vorangehen?

Doch wie können die Bedenken zerschlagen werden, dass die Arbeitszeitverkürzung zu einer Ausbreitung des Niedriglohnsektors führe bzw. der Lohnausgleich nicht für alle finanziert werden könne? Für die Jusos Nürnberg ist klar, dass eine Arbeitszeitverkürzung mit einem vollen Ausgleich für untere und mittlere Einkommen einhergehen müsste. Diese Ausgleichszahlungen könnten durch ein weitreichendes Konzept der Umverteilung – u. A.

durch eine Reform des Steuersystems – finanziert werden. Ansonsten wäre dieses Modell lediglich eine Schönheitskorrektur. Die Umverteilung konzentrierten Reichtums und das Abschmelzen der Unternehmensgewinne sind dabei mindestens genauso wichtig, wie die Arbeitszeitverkürzung.

Der aktuelle Aufruf erscheint uns zudem wichtig, weil er Ausgangspunkt für eine Diskussion über die Arbeitsgesellschaft an sich und über die Bedeutung von Arbeit sein kann. Diese Diskussion, die endlich geführt werden muss, könnte dann zu einer Sensibilisierung für die versteckte, tagtägliche Ausbeutung und die deutlichen Macht-Asymmetrien in der Lohnarbeit führen

und die deutlichen Macht-Asymmetrien in der Lohnarbeit führen

Auch wenn das Konzept nicht alle drängenden Probleme der Arbeitsgesellschaft lösen kann, so spricht aus sozialdemokratischer Sicht nichts dagegen. Wie die Forderung eines Mindestlohns, der als isoliertes Instrument ebenso nur mäßige Bedeutung hat, ist auch die Arbeitszeitverkürzung als ein kleiner Mechanismus in einer gesamten Reform des Arbeitsmarktes zu sehen. Zudem könnten viele der im Raum stehenden Kritikpunkte durch kleine Ergänzungen des Modells entkräftet werden. ■

Termine

19.06.13 - 19:30 Uhr
SPD Steinbühl:
Ortsvereinstreffen
Bräustüberl zum Schrödl
Wirt, Endterstraße 13

21.06.13 - 18:00 Uhr
Sonnenwendfeier
Bauspielplatz (Baui)
Zugspitzstraße 181

23.06.13 - 11:00 Uhr
SPD Gostenhof:
Frühschoppen
Offener Stammtisch, Schanzenbräu Schankwirtschaft,
Adam-Klein-Str. 27

24.06.13 - 18:00 Uhr
SPD Gebersdorf-Großreuth:
Aktiventreff
im „Gebersdorfer Maroni“,
Gebersdorfer Straße 89.
Wir bereiten unseren Beitrag zum Stadtteilstreffen vor.

27.06.13 - 18:30 Uhr
SPD Südwest:
Politischer Stammtisch
Kantine Am Leiblsteg,
Neustädter Straße 112

27.06.13 - 19:00 Uhr
SPD Gartenstadt:
Aktivensitzung
Gesellschaftshaus Gartenstadt,
Buchenschlag 1

28.06.13 - 16:00 Uhr
SPD Hummelstein:
Freitags um vier - sind wir hier!
Frankenstr./Pillenreuther Str.
Der genaue Treffpunkt wird noch bekanntgegeben.

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg

Termine

1.07.13 - 19:30 Uhr
SPD Hasenbuck:
Rote Runde
Gasthof SÜD,
Ingolstädter Str. 51

2.07.13 - 19:30 Uhr
SPD Laufamholz:
Mitgliedertreffen
Sportheim Laufamholz,
Schupferstr. 81

2.07.13 - 19:30 Uhr
SPD Ziegelstein:
Ortsvereinssitzung
Sportgaststätte TUSPO,
Herrnhüttestr. 75

2.07.13 - 19:30 Uhr
SPD Siedlungen Süd:
Aktivensitzung
Gaststätte TSV Falkenheim,
Germersheimer Str. 86

2.07.13 - 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf:
OV-Treffen
SVR-Sportgaststätte,
Schlößleinsgasse 9

2.07.13 - 20:00 Uhr
SPD Großgründlach:
Mitgliederversammlung
Gasthof Rotes Ross, Groß-
gründlacher Hauptstr. 22

Vorstellungstermine der Stadtratskandidaten

■ In Vorbereitung auf die Stadtratswahl finden zwei Vorstellungstermine der Stadtrats-Kandidaten statt. Die Termine hierfür sind:

1. Vorstellungsrunde StR-Kandidaten A bis L:
Di., 11.06.2013, 18 Uhr, KBZ

2. Vorstellungsrunde StR-Kandidaten M bis Z:
Do., 13.06.2013, 18 Uhr, KBZ
Alle Parteimitglieder sind herzlich eingeladen!
Die offizielle Listenaufstellung findet in einer
gesonderten a. o. Jahreshauptversammlung am
22.06.2013 statt. ■

Die SPD Hasenbuck lädt ein:

Ausflug nach Ebrach am
Samstag, 15. Juni 2013.

Abfahrt um 9 Uhr an der
Bushaltestelle Frankenstraße,
Rückkehr um ca. 20 Uhr.
Preis: 27 Euro für Bus, Mittagessen,
Eintritte und Trinkgelder.

Anmeldung bei Gudrun Thiel,
Tel. 0911 443320

Terminankündigung

Sportempfang mit Verena
Bentele und Horst Förther.

30. Juni 2013 von 10:30 bis 13:00 Uhr
Verena Bentele ist 18fache Goldmedaillen-
gewinnerin bei internationalen Wettkämp-
fen und Mitglied des BeraterInnen-Teams
von Christian Ude für Inklusion und Förde-
rung des Sports

Ort: Arena Nürnberger Versicherungen,
Business Lounge



Die Arbeiterwohlfahrt lädt ein:

Erzähltisch am Donnerstag,
13. Juni 2013 ab 18 Uhr.

Mit Sylke Otto „So schnell ich eben konnte“.
Die ehemalige deutsche Weltklasse-Renn-
rodlerin, zweimalige Olympiasiegerin,
sechsfache Welt- und fünffache Europamei-
sterin, spricht mit Prof. Dieter Kreft, früher
einmal Staatssekretär für Familie, Jugend
und Sport in (West-)Berlin. Bei dieser Ge-
legenheit können Sie einen echten Rennschlit-
ten und eine Goldmedaille einmal ganz aus
der Nähe betrachten.

Seminar der FES:

Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen
mit einfachsten Mitteln
13. Juli 2013 von 09:30 bis 17:00 Uhr

Karl-Bröger-Zentrum, Nürnberg
Referent: Wolfgang Nafroth, Verden
Teilnahmegebühr: 20 €
Ansprechpartner: Detlef Staude - detlef.
staude@fes.de - Tel. 0941 4671895

Hinweis: Am Freitag, 12. Juli 2013, findet
von 15 Uhr bis 20 Uhr eine Kurzversion des
Seminars (10 €) statt.

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Juli 2013!